

Plebiszit und Diktatur: die Volksabstimmungen der Nationalsozialisten

Die Fälle »Austritt aus dem Völkerbund« (1933),
»Staatsoberhaupt« (1934)
und »Anschluß Österreichs« (1938)

von

Otmar Jung



J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis.	XI
Einleitung.	1
I. Kam Hitler plebiszitär an die Macht?	6
1. v. Hindenburgs Bekundungen	6
2. Die nationalsozialistische Propaganda	13
3. Die zeitgenössische Rechtslehre	15
4. Die politische Funktion der Umdeutung zum Plebiszit	16
II. Das Gesetz über Volksabstimmung	20
1. Die Initiative	20
2. Die Verabschiedung	21
3. Das neue Konzept	23
a) Ein Regierungsinstrument	23
b) Das Abstreifen der Gesetzesbindung	24
c) Die Vereinfachung der Entscheidungsregeln	24
d) Beurteilung	26
4. Das veränderte Ambiente	28
5. Ein »Staatsgrundgesetz« des Dritten Reiches?	31
III. Die praktische Anwendung 1933: ein Triumph	35
1. Das Sachproblem, die Entscheidungen der Reichsregierung und die Bedeutung der beiden Akte	35
2. Das formale Arrangement	37
3. War die Volksabstimmung rechtmäßig?	40
4. Demokratie im NS-Staat	42
a) Was bleibt von demokratischen Verfahren in einer Diktatur?	42
b) Auswertungsgrundsätze	46
c) Wie liest man Abstimmungsdaten in einer Diktatur?	49
5. Ergebnisse	50
a) Technische Grundlage	50
b) Daten der Volksabstimmung 1933	51
c) Zum Vergleich: die Reichstagswahl 1933 II	52
6. Interpretation	53

7. Reaktionen	55
8. Nachspiel: ein plebiszitärer Führerstaat?	57
IV. Die praktische Anwendung 1934: ein Mißerfolg	61
1. Das Sachproblem, die Entscheidungen der Reichsregierung und die Wünsche des »Führers«	61
2. Das formale Arrangement	64
3. War die Volksabstimmung rechtmäßig?	65
4. Die Umstände der Volksabstimmung	66
5. Ergebnisse	67
a) Vorbemerkung	67
b) Daten der Volksabstimmung 1934	68
c) Zum Vergleich: die Volksabstimmung 1933	69
6. Interpretation	71
7. Reaktionen	74
8. Exkurs: Nein-Stimmen bei Volksabstimmungen als Widerstand?	78
V. Die politische Konsequenz: die faktische Abschaffung der Volksabstimmung	82
1. Indizien	82
2. Im Gegenzug: Begriffsausweitung	87
a) Die Nivellierung von Wahlen und Volksabstimmungen	87
b) Die Auflösung des Plebiszitbegriffs	88
VI. Die juristische Verarbeitung: wissenschaftliche Analyse gegen ideologische Überhöhung	92
1. Der Rang des Volksabstimmungsgesetzes	92
2. Die Erstreckung der Volksabstimmung auf bereits vollzogene Maßnahmen	94
3. Volksabstimmung und Führerprinzip	101
4. Zur Methodik: juristische Deutung versus historische Beschreibung	105
VII. Der Nachzügler 1938: ein Sonderfall	109
1. Die österreichische Krise, der Anschluß und der Weg zur Volksabstimmung	109
2. Das formale Arrangement	114
3. War die Volksabstimmung rechtmäßig?	115
4. Die Umstände der Volksabstimmung	118
5. Ergebnis: Daten der Volksabstimmung 1938	119
6. Interpretation	122
7. Widerlegt das »Anschluß«-Plebiszit die These von der faktischen Abschaffung der Volksabstimmung?	124

Ergebnis	125
Volksabstimmungen im Laufe der Zeit	125
Ein plebisitaires System?	126
Wahlen und Volksabstimmungen	127
Thesen	129
Anhang: Abbildungen	131
Quellen- und Literaturverzeichnis	137
Personenregister	151